

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

16. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 31. August 2017

(16.00 Uhr bis 00.50 Uhr)

Frage Nr. 713.....	22
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	22
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	22
Frage Nr. 722.....	5
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD:.....	5
Stadtrat Markus Frank:.....	6
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 704	23
Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD:.....	23
Stadtverordnete Sylvia Momsen, GRÜNE:.....	24
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU:.....	25
Stadtverordnete Astrid Buchheim, LINKE.:.....	25
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	26
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU:.....	27
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 705	27
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	27
Stadtverordneter Dr. Evlampios Betakis, SPD:.....	28
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 708	28
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:.....	28
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD:.....	30
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	30
5. Verabschiedung der Tagesordnung II	31
6. Kommunalpolitischer Situationsbericht des Oberbürgermeisters.....	31
Oberbürgermeister Peter Feldmann:.....	32
7. Aussprache.....	44
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:.....	44
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:.....	48
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:.....	52
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:.....	57
Stadtverordneter Horst Reschke, AfD:.....	60
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:.....	60
Stadtverordneter Horst Reschke, AfD:.....	60
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	61
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:.....	62
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:.....	64
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	69
Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER:.....	70
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	73
Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	75
Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	76
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:.....	78
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	80
Stadtverordnete Astrid Buchheim, LINKE.:.....	82
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:.....	82

Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE:.....	84
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	88
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	93
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU:.....	94
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:.....	97
Stadtverordneter Sebastian Popp, GRÜNE:.....	99
Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD:.....	100
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:.....	101
8. Integrierter Schulentwicklungsplan der Stadt Frankfurt am Main Fortschreibung 2016 - 2020	102
Vortrag des Magistrats vom 09.06.2017, M 125 <u>hierzu</u> : Anregung des OBR 12 vom 18.08.2017, OA 180	
Stadtträtin Sylvia Weber:.....	102
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU:.....	105
Stadtverordneter Hubert Schmitt, SPD:.....	107
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:.....	109
9. Bewerbung für UEFA EURO 2024	112
Vortrag des Magistrats vom 23.06.2017, M 130 <u>hierzu</u> : Antrag der AfD vom 04.07.2017, NR 363 <u>hierzu</u> : Antrag der AfD vom 04.07.2017, NR 364 <u>hierzu</u> : Antrag der FDP vom 21.08.2017, NR 384	
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:.....	112
Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU:.....	113
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	114
Stadtverordneter Michael Bross, FDP:.....	115
10. Einmal sozial, immer sozial: Unbefristete Bindungen im geförderten Wohnungsbau.....	116
Antrag der LINKE. vom 22.05.2017, NR 334	
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	116
Stadtverordnete Birgit Puttendörfer, SPD:.....	117
Stadtverordneter Dr. Albrecht Kochsiek, CDU:.....	119
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:.....	120
11. Sofortiger Stopp der Unterstützung linksextremer Zentren und Gruppierungen durch den Magistrat	121
Antrag der FDP vom 27.07.2017, NR 372 <u>hierzu</u> : Antrag der AfD vom 24.08.2017, NR 385	
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:.....	121

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Nach der Rede von Herrn Dr. Schulz von der FDP musste ich mich zu dieser Uhrzeit noch einmal hier nach vorne quälen.

(Zurufe)

Danke für diese Arbeit, so konkretistisch, das ist der Wahnsinn. Da ist ja alles zusammengetragen worden von Herrn Kliehm, das ist wunderbar. Aber darum geht es gar nicht. Was wir hier haben, ist doch etwas ganz anderes. Ihr betreibt einen billigen Wahlkampf, damit meine ich auch die FDP. Die FDP Frankfurt scheint so langsam das rechtsradikale Kleeblatt der FDP bundesweit werden zu wollen.

(Beifall, Zurufe)

Was Sie machen, ist wirklich ein ganz billiger Kulturkampf und nichts weiter. Sie wollen etwas vollstrecken, und das hat mit Ihrer Ideologiewerschiebung zu tun, die sich auf der Straße etabliert hat. Den rechten Mob, der die Straßen zum Teil übernommen hat, das feuern Sie mit ihrer Vorgehensweise gegen die Zentren hier. Nichts anderes findet hier statt.

(Zurufe)

Wenn man sich den Zusammenhang von G20 und Indymedia-Kampagnen anschaut, was findet hier statt? Es ist nicht anderes als ein ständiges Lügen des Staates, ein Hochtreiben der Situation gegen die Linken und ein Hochtreiben der Stimmung, um entsprechende Institutionen, die sich in den letzten Jahrzehnten etabliert haben, zu schleifen. Es ist unglaublich, was da an Verleumdung stattfindet. Ich habe es schon im Ausschuss vorgelesen, ich lese es noch einmal vor. Das muss man sich einfach reinziehen. Bundesinnenminister de Maizière: „Sie sind verachtenswert, gewalttätige Extremisten.“

(Beifall)

„Genauso wie Neonazis das sind und islamistische Terroristen.“ Weiß dieser Innenminister, wovon er redet?

(Zurufe)

Man könnte Nein und Ja sagen, ich glaube, er weiß genau, wovon er redet. Er will nämlich lediglich diffamieren. Das ist ja schon im Vorfeld vom G20 gelaufen. Das hat seinen Höhepunkt gefunden in dieser ganzen Propaganda gegen den Schwarzen Block, der mit Gewalt in Zusammenhang gebracht wurde. Leute, ihr müsst einmal zur Kenntnis nehmen, dass der Schwarze Block vor Ort keine Gewalt ausgeübt hat. Wir waren dort vor Ort anwesend, die Presse war anwesend, das Legal-Team war anwesend. Wir haben das beobachtet. Gewalt ist zu diesem Zeitpunkt lediglich vonseiten der Polizei ausgegangen, von niemand anders.

(Zurufe)

Es hat nicht einen Flaschenwurf vonseiten der Demonstranten gegeben, es hat eine Abnahme der Vermummung stattgefunden. Die Polizei hat das gefordert und dem haben 80 Prozent der Demonstranten Folge geleistet, der Rest war kurz davor. Da hat der Einsatzleiter einfach nur ein Wort gesagt, „jetzt“, und dann ist zugegriffen und zugeschlagen worden. Mit einer unmenschlichen, sadistischen Art und Weise sind die Leute die Mauer hochgetrieben worden.

(Zurufe)

Ja, Sie mögen das lustig finden, wenn Menschen sich die Arme und Beine brechen, Sie sind einfach unmenschlich mit Ihrer Politik. Sie begreifen überhaupt nicht mehr, was da stattfindet, was der Staat dort macht.

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Hallo. Mit Lautstärke hat man nicht die besseren Argumente. Ein bisschen leiser.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)**

Danke! Sagen Sie das denen da oder wem?

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Also Sie waren gerade auch nicht im Flüster-ton unterwegs, Herr Zieran!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Aha, jetzt greift der Polizist von hinten ein. Danke, wunderbar! Da war, glaube ich, die Aufregung, nicht bei mir.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Es ist ja schon ruhig.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Gut, dann seien Sie doch auch ruhig, dann kann ich weiterreden.

Was da stattgefunden hat, dasselbe hat Herr Scholz auch gesagt, Polizeigewalt hat es nicht gegeben. Es ist in Hamburg nach Strich und Faden gelogen worden. Das, was ich gerade geschildert habe, ist inzwischen Fakt. Es hat auch vor dem Hamburger Senat Untersuchungen gegeben. Es ist nachgewiesen worden, dass die Gewalt nicht von den Demonstranten ausgegangen ist, sondern dass die Gewalt vonseiten des Staates ausgegangen ist.

(Beifall)

Die falsche Darstellung von G20 nehmen Sie zum Anlass für Ihren Antrag, das ist das Problem.

(Zurufe)

Da sieht man, wo die FDP sich verortet. Sie wollen nicht wissen, dass es bunte Vielfalt gegeben hat, sie wollen nicht wissen, dass da ein anderer Teil der Gesellschaft aufgetreten ist, der eine Veränderung will, hin zu einer humanen Gesellschaft. Nicht hin zu einem braunen einseitigen Gestrüpp, was Ihnen wohl dort im Mund herumspült, was Sie gerne hätten. Und im Übrigen, über Gelder wollen wir doch gar nicht reden. Ich meine,

du bemühst dich immer, das nachzuweisen. Wer kassiert denn hier die ganzen Subventionen? Die kriegen hier Millionen, die AfD, die kassieren doch überall ab.

(Zurufe)

Dann beschweren sie sich über irgendwen, der abkassiert.

(Zurufe)

Darf man weitermachen? Das sind keine Lügen, sondern sogar legale Subventionen. Die sind legal, ich sage ja nicht, dass es illegal ist. Ich sage nur, man soll nicht sagen, die Linken werden finanziert und wir, die Rechten, kriegen gar nichts. Wir haben einen Subventionsstaat. Ich will gar nicht über die Grundlagen reden, es wird nach allen Seiten hin verteilt. Es ist gut, wenn es überhaupt nach allen Seiten hin verteilt wird und nicht nach politischen Kriterien, sondern nach künstlerischen Kriterien, nach Kriterien, die sinnvoll sind, für die Pflege von Kindern, Kitaunterstützung oder sonst etwas, dann ist das okay.

(Zurufe)

Egal, wer es erst einmal tut, wenn die Ideologie da herausgehalten wird. Sie können auch noch lauter schreien, das ändert nichts daran.

Um es noch einmal zu sagen. Die Begründung bezüglich der Ursache der G20-Krawalle ist völliger Unsinn. Bei der Begründung zu Frankfurt wird es dann wirklich lächerlich. Wir haben ein soziokulturelles Zentrum. Da sind Kulturinitiativen, da sind soziale Initiativen, da findet ein lebendiges Leben statt, so wie wir Frankfurt haben wollen, wie es der Oberbürgermeister sogar beschreibt, ohne den linken Projekten zu nahe zu kommen. Die haben mit Linksextremismus überhaupt nichts zu tun. Das ist übrigens auch ein Propagandabegriff des Staates. Das sind Menschen, die wollen den Staat anders, aber dort diskutieren, dort treffen sie sich. Jetzt diskutieren diese Menschen in diesem Zentrum, was sie in Hamburg erlebt haben. Da haben einige schlimme Sachen erlebt, junge Menschen haben in Hamburg Trauma abbekommen.

(Zurufe)

Ja, das mögen Sie nicht so ernst nehmen. Man muss ja nicht hinfahren. Ich weiß. Völlig klar.

(Zurufe)

Sie reden immer nur über diesen Donnerstagsabend. Informieren Sie sich doch einmal, wer dort was gemacht hat, dann werden Sie sehen, dass das mit den Demonstranten, mit denen, die auf vielen Demonstrationen aktiv waren, fast null zu tun hat, dass es da ganz andere Akteure gab. Das können Sie sich sogar inzwischen von dem Polizeieinsatzleiter so sagen lassen, der sich in vielerlei Hinsicht korrigiert hat. Darum geht es aber gar nicht. Es geht darum, dass die Republik, dieser Staat, weiter nach rechts verschoben wird. Es werden immer mehr Instrumente zur Repression, zur Unterdrückung, entwickelt. Das sieht man bei dem Urteil des Niederländers. Ein Niederländer kriegt eine Strafe von zwei Jahren und sieben Monaten für zwei Flaschen, die er geworfen haben soll. Dann stellt sich heraus, man guckt sich die Untersuchungen in diesem Prozess an und dann sagt der eine Polizeizeuge, ja, das war einer mit Rastalocken. Sagt der andere Polizeizeuge, nein, das war der da, der da sitzt mit den glatten Haaren. Ich kenne das aus meiner Zeit, als ich in solchen Gegenden tätig war.

(Zurufe)

Im Zweifel, das hat Herr Baum manchmal ja auch noch kapiert, für den Angeklagten. Aber nein, hier wird über die Zweifel hinweg entschieden und es wird verurteilt.

(Zurufe)

Und bei dem zweiten Urteil, bei dem Polen, ist es noch obskurer. Ich gehe durch die Stadt, einen Kilometer von den Vorkommnissen entfernt, ich habe Gegenstände im Rucksack, die natürlich auch passive Waffen sein können, aber auch ganz einfach zum Selbstschutz geeignet sein können. Wie sie inzwischen eigentlich wissen sollten, in Großstädten ist es notwendig, hat fast jede zweite Frau so ein Abwehrspray in der Tasche, weil sie sich unsicher fühlen. Das ist kein Ausdruck, wo man sagen kann, da ist jemand, der sich bewaffnet und der tätig wer-

den will. Der geht also auf einer Straße und dafür gibt es ein Urteil von dem Richter mit der Begründung, dass er annimmt, dass der Angeklagte zu der Demonstration wollte und dass er das da eingesetzt hätte. Man muss sich das einmal vorstellen, in einem deutschen Gerichtssaal sitzt ein Richter und sagt in einem Urteil, wir nehmen an. Das ist eine Rechtsprechung, das ist ein Rechtsstaat. Man o man. Regeln spielen da keine Rolle mehr. Da wird einfach nur durchgezogen gegen alle, die auf einer linken Seite stehen, egal ob es - da muss ich sogar die Linkspartei mit hineinnehmen - außerparlamentarische Linke ist. Man will abräumen. Letztendlich, vielleicht kapiert das die SPD auch noch einmal, geht es sogar auch in diesem Fall gegen die SPD. Das verstehen nur viele in der SPD nicht. Diese Stimmung, die dort gemacht wird, hat etwas mit der Bundestagswahl zu tun. Man will bei der Bundestagswahl durchziehen. Das wird auch gelingen, so wie ich das befürchte. Es wird auch gelingen, weil auch andere öffentlich-rechtliche Medien die AfD zu sehr schützen ...

(Heiterkeit)

... und die AfD, die inhumanes Gedankengut hat, in Sendungen hineinnehmen, wo sie überhaupt nichts zu suchen hat. Nach dem Grundgesetz stehen die Grundrechte nicht für das Gedankengut der Abwertung von Menschen zur Verfügung, sondern es wurde gegen dieses Gedankengut entwickelt, gegen die faschistische Ideologie.

So viel zu dieser Geschichte. Es hat keine solide Grundlage, weder in Hamburg noch hier. War man früher so akribisch bei dieser Beweissicherung, ist es heute Kollektivhaftung. Sie gehören dazu, egal ob ich eine Straftat begangen haben oder nicht. Das sind sehr bedenkswerte Entwicklungen. Ich will nicht sagen, dass wir in einem Polizeistaat leben. Das wäre mit Sicherheit falsch. Aber es gibt immer mehr Elemente eines autoritären Staates, die in diese Richtung weisen und die die Freiheit des Individuums, die durch die Grund- und Menschenrechte gesichert werden sollen, immer mehr einschränken. Dass Sie das nicht beeindruckt, ist klar. Dass die FDP jetzt diese Position einnimmt, das ist überraschend, aber natürlich innerhalb dieser Wahlstrategie zu verstehen. Herr

Lindner hat auch einige Dinge geäußert und macht auch entsprechende Politik.

(Zurufe)

Das zu diesem Konflikt. In den Zentren: Es sollte alles so bleiben bei diesen Zentren. Wenn sich da etwas ändert, dann werden wir auch viele andere Sachen in Frankfurt thematisieren müssen, wo das Geld in rechte Ecken abfließt. Das werden wir aber dann erst machen, wenn es soweit ist.

Jetzt noch einmal kurz zum Situationsbericht. Wenn man hier überhaupt über irgendwelche Verbrechen dieser Stadt reden will, es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wenn Menschen keine Wohnung zur Verfügung gestellt bekommen, wenn sie wohnungslos sind. Das Grundrecht auf Wohnen besteht. Ein Verbrechen ist es, wenn Menschen sich um jeden Cent bemühen müssen, weil sie die Miete nicht zahlen können. Da haben wir immer mehr Menschen, bei denen das der Fall ist. Das kümmert aber anscheinend niemanden. Hier vorne steht ein Oberbürgermeister und hat eine schöne Vision. Die Miete ist irgendwann stabilisiert. Da kann ich ja nur lachen. Stabilisiert heißt doch, ich habe einen Prozess, der prozentuell eine Annäherung an irgendetwas bedeutet. Das genaue Gegenteil ist doch der Fall. Die Zwänge durch die Immobilienmafia und durch andere Kapitalzusammenhänge in dieser Stadt sind doch so stark.

Jetzt sagt man, 40.000 Wohnungen hat es nicht mehr gegeben, die Sozialwohnungen sind abgebaut worden. Wenn ich nur 30 Prozent Sozialwohnungen in dem Bereich des Wohnungsbaus errichte, wo es möglich ist, zusätzlich noch Luxuswohnungsbau in anderen Bereichen habe, dann steigt die Kurve nicht an, sondern dann geht die Kurve im Verhältnis zu dem anderen, was ich aufgrund der Zwänge, die wir in dieser Gesellschaft haben, bauen muss, weiter herunter. Es wird keine Stabilisierung der Mietpreise geben. Es wird im Verhältnis nicht mehr Mietwohnungen geben. Die Politik der SPD ist insofern sozial verantwortungslos im Kollektiv mit der CDU und mit den GRÜNEN.

(Beifall)

Weil man diese Interessen dieser Menschen nicht entsprechend berücksichtigt, wie sie berücksichtigt werden müssten. Das ist das Verbrechen und nicht, weil irgendein Idiot in irgendeinem Zentrum sagt, ich fand das aber geil, was in Hamburg auf der Straße passiert ist.

Mensch Leute, ihr habt Probleme, kümmert euch um die Probleme der Armen und derjenigen, die in dieser Gesellschaft ganz unten sind. Tut endlich etwas für die Leute, für die jahrzehntelang nicht genügend getan wurde. Diejenigen, die schon genügend haben, bekommen immer mehr. Die Immobilienbesitzer, das Immobilienkapital bekommt es vorne hereingeschoben oder wie auch immer. Das ist Ihnen scheißegal, wie das hier in Frankfurt läuft. Diese mächtigen Zusammenhänge gehen das Parlament nicht an. Da hat es keinen Mumm. Da müsste ein Auftrag an den Dezernenten erfolgen, dass aufgeräumt und gesagt wird, wir realisieren mehr als 50 Prozent Sozialwohnungen, mindestens. Eigentlich brauchen wir ein Programm, das diese fehlenden 40.000 Sozialwohnungen in den nächsten zehn Jahren baut. Das ist nach Berechnung des Immobilienverbandes in Hamburg möglich.

(Zurufe)

Das kostet eine Milliarde Euro. Das will natürlich keiner dort hineinstecken, weil man das hier in Frankfurt für andere Projekte braucht, die wichtig für die Wählerbindung der FDP und die Bindung in diese Kapitalgruppen sind. Da brauche ich natürlich das Geld woanders und stecke es nicht in diese Ecken. Das ist ein ganz entscheidender Punkt in Frankfurt.

Punkte eins ist, dass Menschen, die sozial unterdrückt sind, nicht geholfen wird, sondern dass es fortgeschrieben wird in einer unendlichen Kurve. Punkt zwei ist die Vernichtung von Grünanlagen in dieser Stadt. Das ist genau dasselbe. Da wird darüber geredet, weil man den Luxuswohnungsbau weiter macht, weil man Grundstücke weiter für die vergeben will - um es einmal so zu sagen -, die sowieso schon alles haben. Man macht dann Stücke, die noch zu haben sind, wie eben das Innovationsviertel, und versucht dort zu bauen. Was baut man dort? Auch keine Sozialwohnungen. In erster Linie wieder andere

Wohnungen. Zerstört dort Kleingartenanlagen, zerstört dort Frischluftschneisen und so weiter. Ihre Politik ist nicht nur sozial verantwortungslos, sondern auch nicht ökologisch. Spekulationen auf der einen Seite, Naturzerstörung auf der anderen Seite. Diese Stadt entwickelt sich nicht gut. Diese Stadt entwickelt sich gegen die Menschen. Das gestalten Sie ganz bewusst. Das ist kein unterbewusster Prozess. Sie führen das so durch und die Stadtverordneten, wie sie hier sitzen, die Linkspartei natürlich dabei ausgenommen, ...

(Beifall)

... sind die Grundlage dieser Politik. Das muss man einfach einmal sagen. Zum Lärm durch den Flughafen haben Sie gesagt, wir machen was. Was ist denn da gemacht worden? Es ist doch nur eine Verarschung der Leute, die dort wohnen. Der Landtag hat es versprochen, die SPD hat es versprochen, was das Zeug hält. Vor Ort haben Sie gesagt, wir sind für eure Interessen da. Was geschah denn, was ist auf Landesebene alles gesagt worden? Wir müssen den Flughafen ausbauen. Er ist ein Wirtschaftsfaktor. Die SPD ist doch so zerrissen von den einen oder anderen Interessen. Ihr könnt gar keine ehrliche demokratische Politik mehr machen, so wie sie einmal in der Definition war.

(Beifall)

Das ist längst vorbei und das solltet ihr einmal sagen. Ihr solltet einmal sagen, dass ihr als SPD jetzt den Offenbarungseid auf sozialdemokratische Politik leistet. Das wäre ehrlich. Aber es sind Wolkenschlösser, die der Oberbürgermeister vorgeführt hat, damit das entsprechend in der Presse zitiert werden kann.

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Herr Zieran redet so laut, dass es an jeder Stelle dieses Plenarsaals zu verstehen ist, was er uns mitteilen möchte.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Genauso, wenn hier darüber redet wird, ist es auch dabei wieder die völlige Verächtlichmachung über sozial Schwache, über Menschen, die nicht genügend bekommen und ein Erheben über das, was in den letzten Jahrzehnten gelaufen ist. Man legt es beiseite. Es wird nämlich gesagt, dass Arbeitslosigkeit in Frankfurt kein Thema ist, nein, wir haben viele Arbeitsplätze, so viele wie noch nie. Das ist toll. Das nennt man Statistikfälschung. Natürlich gibt es viele Arbeitsplätze. Aber wer redet über die Qualität der Arbeitsplätze, über Leiharbeit und Teilzeitarbeitsplätze? Wer bringt die Arbeitslosigkeit, die es statistisch nicht gibt, in Verbindung damit, dass Menschen in Frankfurt drei Jobs brauchen, um die Miete zu bezahlen, um noch einigermaßen leben zu können, um sich Schuhe kaufen zu können? Das interessiert hier keinen. So lebt natürlich hier keiner.

(Beifall)

Das ist nicht das Problem der Stadtverordnetenversammlung. Das sind Menschen irgendwo da draußen, um die müssen wir uns nicht kümmern. So wird hier verantwortungslos vom Oberbürgermeister über die Stadt geredet und es wird mehr als ein Drittel der Bevölkerung einfach auf den Abfall der Geschichte geschmissen. Das muss man hier einmal sagen. Das ist unglaublich, wie hier versucht wird, ein Bild zu malen, das nichts mit der Realität zu tun hat. Es geht weiter. Das kann man unendlich fortführen.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Herr Zieran, es geht nicht weiter. Auch 20 Minuten Redezeit können zu Ende sein. Den Zeitpunkt haben wir jetzt erreicht.

(Beifall, Heiterkeit)

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Einen Schlusssatz.

(Zurufe)

Zugabe? Ich habe nichts dagegen. Schenkt Ihr mir fünf Minuten? Die nehme ich sogar von der FDP.

Diese Politik haben wir genauso bei der Gesundheit der Menschen. Wir haben sie bei der Schadstoffbelastung durch Autos. Darüber wird auch nicht geredet. Da wird nur gesagt, wir sind verantwortungsvoll, wir machen Mobilität. Ihr wisst doch gar nicht, wovon ihr redet. Ihr habt überhaupt noch nichts in dieser Hinsicht in Frankfurt geleistet.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Nachdem jetzt alle wieder wach sind, zurück zum Tagesordnungspunkt 7. Wir haben noch etwas vor uns. Mir liegen noch drei Wortmeldungen vor. Die erste dieser drei Wortmeldungen ist von Herrn Stadtverordneten Mund von der BFF-Fraktion. Ich weise Sie darauf hin, dass Sie noch sechs Minuten und 30 Sekunden Restredezeit haben. Bitte schön!

Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:

Herr Vorsteher,
werte Kolleginnen, werte Kollegen!

Der Kollege Emmerling, der heute leider nicht anwesend ist, hat vor ein paar Monaten einmal das Wort der Gespensterdebatte in den Raum geworfen. Da war es auch kurz vor zwölf. Wir haben es heute im Römer geschafft, die Geisterstunde deutlich nach vorne zu verlegen.

(Beifall)

Wenn ich mir anhöre, dass Herr Zieran seine Rede mit dem Statement beginnt, dass der rechte Mob hier die Straßen übernommen hat, da habe ich - wir sind in Frankfurt - überlegt, ob er jetzt Shahid Khan meint, der letzten Samstag in der Innenstadt mit sieben Leuten aufgeschlagen ist. Es ist mir nicht ganz nachvollziehbar, wie er diesen rechten

Mob genau definiert und auch wie es aussieht, wenn er die Straße übernommen hat.

Dann haben wir mit Herrn Kliehm einen Vertreter der direkten Nachfolgeorganisation der Mauermörderpartei SED.

(Beifall, Heiterkeit)

Der will die FDP jetzt in NPD-Nähe rücken. Das wird immer besser. Und dann hält er uns einen epischen Vortrag über einen 34 Jahre andauernden Rechtsbruch. Ich kann dazu nur sagen, der Vortrag hätte so lange sein können, wie er will, auch 34 Jahre sind keine Ersitzung von Grund und Boden. Das gibt es schlichtweg de jure nicht.

(Beifall)

Also hat sich dieser gesamte Vortrag erübrigt. Ich möchte einmal darauf eingehen. Es ist ein Skandal erster Güte, dass die Stadt Frankfurt linksextreme Szenetreffpunkte, die im hessischen Verfassungsschutzbericht 2005 explizit auch als solche benannt werden, unterstützt, indem sie diesen städtischen Liegenschaften zu dermaßen vergünstigten Konditionen vermietet beziehungsweise überlässt, dass man die dabei zu Buche schlagenden Beträge maximal als symbolisch bezeichnen kann. Herr Kliehm hat aus dem Magistratsbericht, der auf eine Anfrage der FREIEN WÄHLER kam - damals hießen wir noch FREIE WÄHLER -, sehr ausführlich die Zahlen zitiert. Ein weiterer Skandal besteht darin, dass die an der Römerkoalition beteiligten Parteien von SPD und GRÜNEN auch nach den Gewaltexzessen anlässlich der EZB-Eröffnung 2015 in Frankfurt und G20 in diesem Jahr in Hamburg, immer noch nicht bereit sind, daran auch nur irgendetwas zu ändern.

(Beifall)

Im Gegenteil, das haben die Diskussionen in den Ausschüssen gezeigt. Der Frankfurter linksextremen Szene wird im Verfassungsschutzbericht eine große Gewaltbereitschaft attestiert. Das wird vonseiten der Vertreter von SPD und GRÜNEN mir nichts dir nichts uminterpretiert in wertvolles Frankfurter Kulturgut. Herr Kliehm von der LINKEN, oder auch Herr Wehnmann stellen das heute hier